

Landeshauptmann Dr. Franz Stumpf und die Tiroler Heimatwehr

Dr. Franz Stumpf (1876–1935) aus Kundl in Tirol gestaltete an führender Stelle die Tiroler Landespolitik der Zwischenkriegszeit. Seit dem Jahreswechsel 1919/1920 noch als stellvertretender Landeshauptmann.

Dr. Stumpf war ein Mann des Ausgleichs, der sich vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des allgemeinen Lebensstandards der Bevölkerung widmete. Als Christlichsozialer betrieb er nach Kriegsende die Demokratisierung Tirols. Seine politische Heimat blieb Zeit seines Lebens der Tiroler Bauernbund, der ihm treu ergeben war und Stumpfs Ringen gegen radikale politische Tendenzen unterstützte. Furchtlos widersetzte er sich einem Putsch der Tiroler Heimatwehr und verteidigte die verfassungsmäßige Ordnung und damit die parlamentarische Demokratie bis er schließlich am Widerstand des eigenen Bundeskanzlers scheiterte.

1921 übernahm Dr. Franz Stumpf das Amt des Landeshauptmannes. Er identifizierte sich mit der Heimatwehr und ermöglichte deren Aufstieg, vor allem ihre verwobene Einbindung in das System der staatlichen Organisationen und die immer engere Zusammenarbeit mit denselben; er musste allerdings parteiintern seine Vorstellungen zur Heimatwehr erst durchsetzen. Stumpf ging es um eine zuverlässige Truppe, die im Bedarfsfall mobilisierbar war. Vorerst gelang es dem überzeugten Demokraten Stumpf, seine Vorstellungen einer loyalen Hilfspolizei der Landesregierung gegenüber den Behörden und staatlichen Institutionen im Land umzusetzen. Er verfügte dass Heimatwehrmännern und Angehörigen der Technischen Nothilfe die Stellung öffentlicher Beamter verliehen wurde.

In den Tagen der faschistischen Machtübernahme in Italien Ende Oktober 1922 befürchtete man in Nordtirol das Eindringen faschistischer Verbände. Umgehend wurde die Tiroler Heimatwehr in Alarmbereitschaft versetzt.

Als man in Tirol Ende 1925 erneut einen italienischen Einfall befürchtete, erteilte Landeshauptmann Stumpf die Weisung, Abwehrmaßnahmen zu treffen. Diese Bedrohung aus dem Süden im Zeitraum 1925/1926 ließ nach einer Phase der Stagnation mit einem Schlag die Bedeutung des Wehrverbandes wieder steigen. In der zweiten Jahreshälfte 1922 begannen in der Heimatwehr erste antidemokratische Tendenzen aufzutreten, die in Sympathiekundgebungen für den italienischen Faschismus zum Ausdruck kamen.

Stumpf, der von der marxistischen Umsturzgefahr geprägt war, hielt weiterhin an der Heimatwehr fest, da sich diese ihm gegenüber strikt loyal verhielt und er vor allem Landesführer Steidle vertraute.

Der Verkehrsstreik im Juli 1927 konnte nach wenigen Tagen durch Stumpfs entschlossenes, aber bedachtes Handeln und durch das konsequente Auftreten der Heimatwehr schnell gebrochen werden.

Aufgrund der Erfahrungswerte um den Verkehrsstreik sollte auf Wunsch Dr. Stumpfs die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Heimatwehr und Exekutive verbessert werden. Die nun ungeahnt selbstbewusste Heimatwehr wurde ab 1928 immer stärker von antiparlamentarischen, autoritären Tendenzen erfasst. Der Landeshauptmann schenkte den emanzipatorischen Anzeichen jedoch noch keine weitere Beachtung. Dass sich die Tiroler Bauern, die den Großteil der Heimatwehrmannschaften stellten, gegen die legitime Landesbehörde erheben könnten, lag für Dr. Stumpf außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit. War die Kooperation zwischen Stumpfs politischer Heimat, dem Tiroler Bauernbund, und der Heimatwehr bisher auch noch eng, in der Frage ob Demokratie oder Diktatur trennten sich in den folgenden Jahren die Wege.

Dessen ungeachtet, hielt Landeshauptmann Dr. Stumpf an seinem defensiven sicherheitspolitischen Konzept und damit auch an der Tiroler Heimatwehr fest. Allerdings waren innerhalb dieser Wehrformation bereits Kräfte am Werk, die eine politische

Verselbständigung betrieben und einen eigenmächtigen Sonderweg beschritten. Diese Tendenzen wurden teils streng geheim gehalten, wie die Auslandsfinanzierung durch Italien und Ungarn. Parallel dazu erfolgten Loyalitätsbekundungen, sodaß Dr. Stumpf glaubte, zumindest in Tirol durchaus mit der Loyalität „seiner“ Männer rechnen zu können. Vor allem war der Landeshauptmann nach wie vor von der Notwendigkeit eines starken Wehrverbandes als notpolizeiliche Reserve überzeugt und sah keine Alternative zu diesem.

Dr. Stumpf war aber nie der Heimatwehr ergeben. Die verstärkte Einbindung der Heimatwehr durch ihre Anerkennung als Hilfspolizei sollte auch der Disziplinierung und Kanalisierung ihres militärischen Potentials dienen. Weshalb dieselben Heimwehrakteure auf bundespolitischer Ebene radikaler und eigenständiger handelten und sich weniger einbinden ließen als auf der Tiroler Landesebene, lässt sich schlüssig wohl nur aus den langjährigen persönlichen Beziehungen zwischen Landeshauptmann Stumpf und Landesführer Steidle erklären.

Auf der Führertagung des Heimatschutzverbandes Niederösterreich verkündete am 18. Mai 1930 die Bundesführung unter Dr. Steidle das Korneuburger Gelöbnis, mit dem Ziel, ein autoritäres Regime zu errichten. In der Folge ersetzte Bundeskanzler Schober die gesamte Bundesführung der Heimwehren durch den oberösterreichischen Landesführer Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg.

Das größte Aufsehen erregte jedoch die Ausweisung des Bundesstabsleiters Major Pabst aus Österreich, um die Heimwehren empfindlich zu treffen und niederzuringen. Die Tiroler Heimatwehr, die ihren Landesstabsleiter verlor, setzte die Tiroler Landesregierung unter Druck.

Dr. Stumpf sah die Gefahr, dass die Tiroler Heimatwehr und die Heimwehrebewegung insgesamt geschwächt und das Land den Angriffen durch Sozialdemokraten und Nationalsozialisten schutzlos ausgeliefert werde. Steidle geriet aber auch in Tirol unter Druck, wo sich seine Gegner innerhalb der Tiroler Volkspartei immer stärker formierten. Parteifunktionäre aller drei Parteibünde griffen Steidle öffentlich an und forderten den Bruch mit der Tiroler Heimatwehr und die Gründung eines direkt dem Landeshauptmann unterstellten *Tiroler Heimatdienstes*, wie er in Vorarlberg existierte. Hofrat Dr. Bundsmann konnte die Spaltungstendenzen in der Heimatwehr weitgehend überwinden. Auch in diesem Fall ist kaum anzunehmen, dass Bundsmann ohne Rücksprache mit dem Landeshauptmann handelte.

Als Pabst am 3. November 1930 in Heimwehruniform von Süden kommend den Brenner erreichte, wurde er dort vom faschistischen Milizkommandanten verabschiedet und in Innsbruck gefeiert. Damit war jedoch das Zumutbare überschritten. Der Tiroler Bauernbund, die einflussreichste politische Kraft im Land und Hauptstütze von Landeshauptmann Dr. Stumpf, schaffte nun vollendete Tatsachen. Dr. Steidle wurde aus dem Bauernbund und damit auch aus der Tiroler Volkspartei ausgeschlossen. Pabst wurde wegen der Dankesrede an das faschistische Italien anlässlich seiner Rückkehr zur *persona non grata* erklärt. Die Tiroler Volkspartei und die Großdeutsche Volkspartei prangerten die „würdelose Anbiederung“ an den italienischen Faschismus an. Dr. Stumpf empfing Landesführer Steidle und eine Abordnung der Heimatwehr. Er verlangte von der Heimatwehr die Rückkehr zur Überparteilichkeit und offizielle Südtirolpolitik mitzutragen. Steidle drängte Pabst nach den lautsarken Protesten zur Ausreise nach Bayern und versicherte, dass die Tiroler Heimatwehr niemals Verzichtserklärungen zu Südtirol abgegeben habe. Wegen der anhaltenden Kritik beteuerte sie entgegen der Wahrheit, nie Gelder aus dem faschistischen Ausland angenommen zu haben. Das „Korneuburger Gelöbnis“ wurde als „Produkt einer augenblicklichen Situation“ gedeutet, das gegenstandslos geworden sei. Stumpf begrüßte die gründliche Reorganisation der Heimatwehr, trotzdem konnte die frühere Vertrauensbasis nicht wiederhergestellt werden. Stumpfs Unterstützung des Wehrverbandes fiel nun sehr selektiv aus, und auch die finanzielle Förderung stellte er fast zur Gänze ein.

Am 13. September 1931 unternahm Dr. Pfrimer den seit langem in der Luft liegenden, von Teilen der Heimwehrbewegung langerwarteten Putschversuch. In Tirol versicherte Steidle der Landesregierung umgehend seine Loyalität und lehnte es ab, irgendetwas mit der Aktion Pfrimers zu tun zu haben. Dr. Stumpf stellte fest, dass sich die Tiroler Heimatwehr ihrer grundsätzlichen Bestimmung getreu nicht am Putschversuch beteiligte und sich sofort der Landesregierung zur Verfügung gestellt hatte. Wie nachhaltig das Vertrauensverhältnis dennoch erschüttert war, zeigt, dass die drei Bünde der Tiroler Volkspartei: Bauernbund, Arbeitsbund und Volksverein im Oktober 1931 zur Gründung des Tiroler Heimatdienstes als Konkurrenz zur Heimatwehr schritten. Damit wollte man die durch faschistische Tendenzen kompromittierte Wehrformation entmachten. Wenn es dennoch nicht zum völligen Bruch kam, so deshalb, weil beide Seiten aufgrund der gemeinsamen Gegner notgedrungen an einer Zusammenarbeit festhielten. Mit den Nationalsozialisten war ein neuer Gegner in Erscheinung getreten. Trotz Bedenken gegenüber Teilen der Heimwehren griff Stumpf auf die bewährte Sicherheitspolitik der 20er Jahre zurück. So erteilte der Tiroler Landtag im März 1932 die Ermächtigung, die Heimatwehr als Notpolizei aufzustellen. Damit erhielt der Wehrverband einen institutionellen Status und konnte sich wieder Geld und Waffen sichern, besiegelte aber auch seine politische Abhängigkeit.

Landeshauptmann Dr. Stumpf erließ aufgrund der zunehmenden Gewalttätigkeiten 1932 ein Versammlungsverbot für Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Heimatwehr war davon ausgenommen, da sie als Notpolizei ihren Dienst versah. Stumpf sah sich seit 1931 in einem heiklen Dreifrontenkampf, in dem es galt, die außerparlamentarischen Machtansprüche von Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und auch der Heimatwehr abzuwehren. Die demokratische Grundlage, auf dem die verfassungsmäßige Ordnung aufbaute, wurde immer schmaler. Offensichtlich spielte auch der für Tirol befürchtete Wahlerfolg der NSDAP eine entscheidende Rolle, weshalb sich der Landeshauptmann gegen Neuwahlen und für eine Verlängerung der Legislaturperiode entschied. Das Ausscheiden mehrerer gestandener Demokraten und durch die Berufung von Dr. Steidle in die Landesregierung bedeutete eine Polarisierung in der Landesregierung. Steidles Amtsführung als Landessicherheitsdirektor erwies sich als völlig ungeeignet und entsprach weitgehend dem Gegenteil dessen, was Landeshauptmann Stumpf anstrebte. Als am 11. Juni 1933 auf Steidle ein nationalsozialistisches Revolverattentat verübt wurde, erließ Dr. Stumpf Tag ein Verbot der NSDAP in Tirol. Es folgte eine neue Welle des nationalsozialistischen Terrors, die über Tirol und Österreich hinwegrollte. Im Dezember 1933 wurde Dr. Steidle von Bundeskanzler Dollfuß aus Tirol wegbeordert und nach Wien berufen. Die Stelle des Sicherheitsdirektors für Tirol übernahm der bisherige Bezirkshauptmann von Reutte, Dr. Anton Mörl, ein enger Vertrauter von Stumpf. Dr. Mörl hatte sich immer auf Distanz zur Heimatwehr gehalten.

Ende Jänner 1934 wollte der faschistische Flügel der Heimatwehr das aufgeheizte für einen Putsch nützen und es wurden eigenmächtig 8000 Heimatwehrmänner mobilisiert und bewaffnet in alle größeren Zentren befohlen. Da das Aufgebotsrecht allein dem Landeshauptmann zustand, bestand für den damals bereits schwerkranken Dr. Stumpf kein Zweifel, dass es sich um einen Putsch handelte. Die Heimatwehrführer verlangten von Dr. Stumpf das offizielle Aufgebot zu veranlassen. Er lehnte dies jedoch entschieden ab. Damit verhinderte er die nachträgliche Legitimierung der Heimatwehraktion. Der Bildung eines Landesausschusses stimmte er nur „unter dem ausdrücklichen Vorbehalt“ zu, dass mit dem Landesausschuss eine Art Verbindungsstelle der Heimatwehr zur Landesregierung und eine Beratungsstelle für die Landesregierung geschaffen werden sollte, was natürlich nicht den Intentionen der Putschisten entsprach. Was die Umbildung der Landesregierung anbelangte, ließ Stumpf keinen Zweifel daran, dass diese allein dem Tiroler Landtag zustehe.

Dr. Steidle war aus Wien angereist. Seine Anwesenheit sollte offensichtlich den Widerstand des kranken Landeshauptmannes brechen. Obwohl sich die Lage für Dr. Stumpf und die

Landesregierung äußerst bedrohlich gestaltete, wich er nicht zurück. Dafür dürfte die Versicherung von Sicherheitsdirektor Mörl ausschlaggebend gewesen sein, dass sich der Landeshauptmann auf die Treue von Gendarmerie und Bundesheer verlassen könne.

Die Heimatwehr war mit dem Erreichten keineswegs zufrieden. Der Landesausschuss war vom Landeshauptmann akzeptiert, aber sofort neutralisiert worden und damit bedeutungslos.

Die Heimatwehr drängte nun Bundeskanzler Dollfuß, in Tirol zu intervenieren und Stumpfs Widerstand zu brechen. Für den 12. Februar berief der Bundeskanzler alle Landeshauptmänner zur Besprechung nach Wien. In der von Dr. Stumpf angeführten Delegation war die Heimatwehr nicht vertreten. Ein recht deutliches Signal. Man einigte sich daher noch vorab auf einige grundlegende Punkte, mit denen die Heimatwehrforderungen nach einem faschistischen Staat möglichst zurückgewiesen werden konnten. Als Alternative sollte stattdessen ein christlicher Ständestaat errichtet werden. Der Februar-Aufstand veränderte allerdings schlagartig auch das Geschehen in Tirol. Die Delegation um Dr. Stumpf konnte vorerst das Risiko einer Heimreise nach Tirol nicht eingehen. In Tirol blieb es weitgehend ruhig. Wie schon in den Jahren zuvor, verhielten sich die tiroler Sozialdemokraten verfassungskonform. Das Zusammenfallen des Heimatwehr-Putsches und des sozialistischen Aufstandes beschleunigte den Umbau des Landes im autoritären Sinn. Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei öffnete den Weg zur Umsetzung des autoritären Regimes auch in Tirol. Da Stumpf aus gesundheitlichen Gründen etwas kürzer trat, sammelten sich die demokratischen Kräfte um Landesrat Gamper, der Stumpfs Vertrauen genoss. Am 27. Februar trat der Tiroler Landtag zu seiner letzten Sitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war seine Selbstaflösung. Landeshauptmann Stumpf ernannte eine Übergangsregierung für Tirol, die neben der legislativen und exekutiven Gewalt vor allem eine neue ständische Landesordnung erarbeiten und bis zu deren Einführung im Amt bleiben sollte. Die Zusammensetzung wurde zu einer weiteren Niederlage der Heimatwehr. Mit dem Wehrverband, den Stumpf maßgeblich aus der Taufe gehoben und jahrelang gegen viele Widerstände gefördert und verteidigt hatte, war es längst zum Bruch gekommen. Stumpf klagte, dass die Innsbrucker Heimatwehr-Formationen sehr viel an Disziplin zu wünschen übrig ließen und forderte faktisch die Auflösung derselben. Der Tiroler Bauernbund billigte Anfang April ausdrücklich die Regierungsbildung und sprach dem Landeshauptmann sein volles Vertrauen aus. Wesentlich erwies sich auch die eindeutige Haltung der Exekutive und des Sicherheitsdirektors Mörl, der sich gegen alle radikalen Bestrebungen schützend vor Dr. Stumpf stellte. Landeshauptmann Stumpf verkündete Ende April die Notverordnungen der Bundesregierung über die ständestaatliche Bundesverfassung auf autoritärer Grundlage, welche am 1. Mai 1933 in Kraft trat. Der Bauernbund bekräftigte seine Haltung, dass die autoritäre Phase nur eine kurze Übergangszeit dauern dürfe, um so bald als möglich wieder auf eine demokratische Grundlage zurückzukehren, zumindest zu demokratischen Wahlen innerhalb der Stände, und gab damit ohne Zweifel auch die Meinung des Landeshauptmannes wieder. Die Landesregierung unter Dr. Stumpf stellte jegliche Förderung der Heimatwehr ein. Damit wurde deren politisches Gewicht immer geringer. Insgesamt verlor die Heimatwehr deutlich an Rückhalt, so dass die Ostmärkischen Sturmscharen immer mehr an ihre Stelle traten. Die schrumpfende Heimatwehr entwickelte sich immer mehr zu einem deutschnationalen Verband, dessen radikale Teile sich den illegalen Nationalsozialisten annäherten. Landeshauptmann Stumpf ließ diese Entwicklung durch Sicherheitsdirektor Mörl aufmerksam beobachten. Im Herbst 1934 konnte Stumpf einen mit 26 Mitgliedern umfassenden Landtag einberufen und eine Landesregierung mit nur mehr fünf Mitgliedern. Dr. Stumpf bemühte sich nach Möglichkeit, bei der Bestellung allen sozialen Gegebenheiten und Gepflogenheiten des Landes Rechnung zu tragen. Dr. Stumpf bezog bei den Ernennungen die Heimatwehr wie andere Verbände und Organisationen mit ein, versuchte sie aber hintanzuhalten. Entsprechend fühlte sich die Heimatwehr nicht ausreichend berücksichtigt

und drängte wiederum den Bundeskanzler zum Einschreiten. Die zwei von der Heimatwehr geforderten Regierungsposten lehnte Stumpf dennoch ab.

Stumpf war zu dieser Zeit von Krankheit gezeichnet, resignierte und schrieb, nicht mehr bereit zu sein, Derartiges mitzumachen. Gegenüber den neuen autoritären Verhältnissen nahm Stumpf eine distanzierte Haltung an. Nur wenige Wochen, nachdem Landeshauptmann Dr. Stumpf mit den letzten ihm zur Verfügung stehenden Kräften die Landesregierung und den Landtag konstituiert hatte, verstarb er am 28. Februar 1935. Beim Trauerzug durch Innsbrucks Straßen verabschiedeten 15.000 Tiroler den Landeshauptmann und Menschen Franz Stumpf.